

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

REDE ZUR LAGE DER UNION: *BARROSO* PLÄDIERT FÜR FÖDERATION VON NATIONALSTAATEN

Kommissionspräsident *Barroso* hat am 12.09.2012 zum dritten Mal im EP die Rede zur Lage der Europäischen Union (EU) gehalten. Er plädierte dafür, die EU zu einer demokratischen Föderation von Nationalstaaten weiter zu entwickeln, die kein europäischer Superstaat sei, sondern eine Union mit und nicht gegen die Mitgliedstaaten, in der Souveränität geteilt wird. Dazu seien Vertragsänderungen nötig, denen eine breite Debatte sowie ein Konvent und eine Regierungskonferenz vorangehen müssten. Die EU brauche „eine neue Richtung, neues Denken“. *Barroso* kündigte an, die Kommission werde rechtzeitig vor der Europawahl 2014 konkretere Überlegungen vorstellen. Er plädierte für mehr Einigkeit und Loyalität in Europa. Dass die EU mit ihrem Handeln in der Krise Bürger, Märkte und internationale Partner noch nicht überzeugt habe, liege auch daran, dass die beim Europäischen Rat (ER) getroffenen Entscheidungen oft am Folgetag von Gipfelteilnehmern in ihren Heimatländern kritisiert und relativiert würden. Zudem kritisierte er, dass Parteien zu Hause oft völlig andere Positionen verträten als im EP. *Barroso* bestand darauf, dass die schmerzhaften Reformen in einigen Mitgliedstaaten unabdingbar und „lange überfällig“ seien. Er verteidigte die jüngsten Maßnahmen der EZB und rief alle Akteure auf, die Unabhängigkeit der EZB zu respektieren. Einen umfassenden Überblick über die Prioritäten der Kommission gab *Barroso* in einem offenen Brief an EP-Präsident *Schulz*.

Rede zur Lage der Union

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/596&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Brief *Barrosos* an EP-Präsident *Schulz* zu den Prioritäten der Kommission für 2013:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/661&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



DEBATTE ÜBER REFORM DER EU-VERTRÄGE – ELF AUSSENMINISTER FÜR MEHR EU- ZUSTÄNDIGKEITEN UND VERSTÄRKTE DEMOKRATISCHE KONTROLLE

Die Debatte über eine mögliche weitere Reform der Europäischen Verträge hat sich in den vergangenen Wochen verstärkt. Nachdem Kommissionspräsident *Barroso* eine „demokratische Föderation von Nationalstaaten“ gefordert hatte, deutete auch ER-Präsident *Van Rompuy* in einem Konsultationspapier zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion die Notwendigkeit einer Stärkung der demokratischen Legitimation und Rechenschaftspflicht auf europäischer Ebene an. Die Außenminister aus elf EU-Staaten legten am 17.09.2012 weitere Überlegungen vor. Absolute Priorität habe die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion. Nach Überwindung der Eurokrise müsse aber auch die Funktionsweise der EU insgesamt verbessert werden. Die Annahme geänderter Verträge solle durch eine „super-qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten und ihre Bevölkerungen“ erfolgen.

Abschlussbericht der Gruppe zur Zukunft Europas:

<http://www.euractiv.de/europa-2020-und-reformen/artikel/spaltung-der-eu-zur-starkung-der-europaer-006729?newsletter=>

EP-PLENUM VOM 10. - 13.09.2012 IN STRASSBURG

Die Rede zur Lage der Union stand im Mittelpunkt der Plenardebatte. Weitere Schwerpunkte waren der Jahresbericht der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), *Catherine Ashton*, über die GASP und zur Lage in Syrien. Von den legislativen Beschlüssen ist die Billigung der mit Rat und Kommission vereinbarten Richtlinie zur Energieeffizienz hervorzuheben. Bei einer von der EVP beantragten Debatte zur politischen Lage in Syrien prallten unterschiedliche Auffassungen der Parteien teilweise heftig aufeinander.

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

KOMMISSION SCHLÄGT STATUT UND FINANZIERUNG EUROPÄISCHER POLITISCHER PARTEIEN UND STIFTUNGEN VOR

Die Kommission hat am 12.09.2012 eine Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien (EPP) und europäischer politischer Stiftungen (EPS) vorgeschlagen. Damit sollen erstmals im EU-Recht „Europäische Parteien“ mit Rechtspersönlichkeit ermöglicht werden. Kommis-



sionspräsident *Barroso* nannte den Vorschlag in seiner Rede zur Lage der EU als eine der Maßnahmen auf dem Weg zu einer politischen Union, die ohne Vertragsänderungen möglich ist. EPP's und EPS sollten zu einer verstärkten politischen Debatte auf EU-Ebene beitragen. Die geltende „Verordnung über die Regelungen für politische Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“ sieht bisher nur „Parteien auf europäischer Ebene“ vor, die Rechtspersönlichkeit in einem Mitgliedstaat und Abgeordnete in mindestens 25 % der Mitgliedstaaten haben.

Pressemitteilung der Kommission mit Links zu den Vorschlägen :

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/951&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

GEMEINSAMES EUROPÄISCHES ASYLSYSTEM RÜCKT EIN GROSSES STÜCK NÄHER

Mit der Annahme eines Berichts zur Überarbeitung der Dublin-II-Verordnung und der Neufassung der Richtlinie zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Asylbewerbern (Aufnahmerichtlinie) durch den Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des EP am 19.09.2012 ist das geplante Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ein großes Stück näher gerückt. Die nun vom Ausschuss angenommenen Fassungen der Legislativakte fußen auf zuvor in Trilogverhandlungen mit dem Rat und der Kommission nach teilweise langwierigen und hartnäckig geführten Debatten gefundenen Kompromissen. Damit steht noch die Einigung über zwei (Asylverfahrensrichtlinie und EUODAC-Verordnung) von insgesamt fünf Bausteinen des GEAS aus.

SCHENGENBEITRITT VON RUMÄNIEN UND BULGARIEN WEITER VERSCHOBEN

Der vollständige Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum ist weiter verschoben worden. Ein für die Sitzung des JI-Rats am 20.09.2012 vorgesehener Beschluss wurde wieder von der Tagesordnung genommen, nachdem sich herauskristallisiert hatte, dass einige Mitgliedstaaten den einstimmig zu fassenden Beschluss nicht mittragen würden. Hintergrund sind die von der Kommission am 18.07.2012 vorgelegten Berichte über die Fortschritte der beiden Mitgliedstaaten bei der Erfüllung der EU-Standards in den Bereichen



Justizreform sowie Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität.

ASYLPOLITIK: EP FORDERT FAIRE VERTEILUNG VON FLÜCHTLINGEN UND MEHR SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Das EP hat am 11.09.2012 eine Entschließung für eine verstärkte EU-interne Solidarität im Asylbereich angenommen. Die Abgeordneten fordern in der Entschließung, dass eine angemessene Lastenverteilung zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Vordergrund stehen müsse. Zudem sollte eine Optimierung der Anwendung der bestehenden Maßnahmen sowie die Entwicklung neuer, zielgerichteter Maßnahmen und Instrumente angestrebt werden, um flexibel und effektiv auf die sich ständig wandelnden Herausforderungen reagieren zu können. Die Forderungen einiger Mitglieder des EP, vorwiegend aus Reihen der Grünen, Sozialisten und Linken, die Solidaritätsfrage in der Asylpolitik nur auf solche EU-Staaten zu begrenzen, die EU-Außengrenzen aufweisen und eine verpflichtende Umverteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vorzunehmen, fanden jedoch keine Mehrheit.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2012-0248&language=DE>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0433:FIN:DE:PDF>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUR KÜNFTIGEN EU-POLITIK IM BEREICH STADTVERKEHR

Im Rahmen einer Konferenz am 17.09.2012 zur Zukunft der Mobilität in Städten hat Verkehrskommissar *Siim Kallas* eine Konsultation zur künftigen EU-Politik im Bereich Stadtverkehr angekündigt. Die Ergebnisse der Befragung sollen die Grundlage für konkrete Vorschläge im kommenden Jahr bilden, in denen Ziele und Prioritäten der EU zugunsten einer nachhaltigen städtischen Mobilität formuliert werden. Bis zum 10.12.2012 besteht Gelegenheit, an der Konsultation teilzunehmen.

Link zur Konsultation:

http://ec.europa.eu/transport/consultations/index_en.htm



EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER KRITISIERT EUODAC-VORSCHLAG DER KOMMISSION

Der Europäische Datenschutzbeauftragte *Peter Hustinx* hat in einem am 05.09.2012 vorgestellten Bericht heftige Kritik an dem Vorschlag zur Neufassung der EURODAC-Verordnung geübt. Darin wird aufgeführt, dass in dem im Vorschlag vorgesehenen Zugriff der Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten und von EUROPOL auf die EURODAC-Datenbank die „Gefahr der Stigmatisierung von Asylsuchenden“ liege und der „schleichenden Erosion der Grundrechte“ Vorschub geleistet werde. *Hustinx* fordert die Kommission daher auf, einen soliden Nachweis für die Notwendigkeit des Zugriffs auf EURODAC-Daten zu erbringen

Bericht des Europäischen Datenschutzbeauftragten (auf Englisch):

http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/Consultation/Opinions/2012/12-09-05_EURODAC_EN.pdf

EU-INSTITUTIONEN WAPPEN SICH GEGEN CYBERANGRIFFE

Nach einjähriger erfolgreicher Testphase haben die EU-Institutionen am 12.09.2012 die Einrichtung von sog. CERT (Computer Emergency Response Teams) beschlossen. Mit diesen kleinen Teams von „Cyberexperten“ soll wirksam und effizient auf Störungen der Informationssicherheit und andere Online-Bedrohungen reagiert werden können. Die Institutionen folgen damit dem Beispiel vieler Unternehmen und Behörden in den Mitgliedstaaten.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/949&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

EUGH STÄRKT DIE RECHTE VON VERBRAUCHERN BEIM ONLINE- KAUF (C-190/11)

Der EUGH hat am 06.09.2012 entschieden, dass für die Anwendung des Art. 15 Abs. 1 lit. c Brüssel-I-VO nicht erforderlich ist, dass der der Streitigkeit zugrunde liegende Vertrag im Fernabsatz geschlossen wurde. Entscheidende Voraussetzung für die Anwendung des Art. 15 Abs. 1 lit. c Brüssel I-VO ist lediglich, dass der Unternehmer seine gewerbliche oder unternehmerische Tätigkeit auf den Wohnsitzstaat des Verbrauchers ausgerichtet hat, der Ver-



trag muss hierzu nicht auch im Fernabsatz geschlossen werden. Die Verbraucher haben nun die Wahl entweder vor den Gerichten ihres Heimatlandes oder vor den Gerichten des Sitzes des Verkäufers Klage zu erheben.

Link zum Urteil:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62011CJ0190:DE:HTML>

EUGH: VORABENTSCHEIDUNGSVERFAHREN ZUM EUROPÄISCHEN HAFTBEFEHL (C-42/11)

Der EuGH hat am 05.09. im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens entschieden, dass ein Mitgliedsstaat die Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls nicht nur dann ablehnen darf, wenn seine eigenen Staatsangehörigen betroffen sind, sondern dass diese Ablehnungsmöglichkeit auch dann bestehen muss, wenn Staatsbürger anderer Mitgliedsstaaten betroffen sind. Eine Regelung, die diese Möglichkeit allein für eigene Staatsangehörige vorsieht, stellt jedoch eine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit dar und verstößt daher gegen Gemeinschaftsrecht.

Link zum Urteil:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=120623&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&cid=274251>

EP-PLENUM NIMMT RICHTLINIENVORSCHLAG ZUR EINFÜHRUNG EU-WEITER GRUNDRECHTE FÜR DIE OPFER VON STRAFTATEN AN

Am 12.09.2012 hat das EP mit überwältigender Mehrheit den Vorschlag der Kommission zur Einführung EU-weiter Grundrechte für die Opfer von Straftaten angenommen. Der Vorschlag sieht vor, dass von nun an alle Opfer von Straftaten in der EU vor Gericht dieselbe Behandlung und denselben Schutz erhalten sollen.

Link zum Entwurf der Kommission:

http://ec.europa.eu/justice/policies/criminal/victims/docs/com_2011_275_en.pdf

Link zur Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/659&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>



BUSINESS-LUNCH ZUR SAMMELKLAGE IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

An der Veranstaltung, die gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft veranstaltet wurde, nahmen hochkarätige Vertreter aus Wirtschaft und Politik teil. Gegenstand der Diskussion war die von der Kommission schon im Jahr 2008 in einem Weißbuch vorgeschlagene Einführung einer Sammelklage auf europäischer Ebene. Ziel dieses Vorschlags, der von Teilnehmern teilweise heftig kritisiert wurde, ist es, die Rechte der Verbraucher zu stärken und ihnen eine Rechtsdurchsetzung durch Einführung einer kollektiven Klagemöglichkeit erheblich zu erleichtern. Insbesondere sieht der Vorschlag der Kommission vor, den Kreis der klagebefugten Personen nun auch um Verbände und Gruppen von Betroffenen zu erweitern.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

KOMMISSIONSVORSCHLÄGE ZUR ERRICHTUNG EINER GEMEINSAMEN BANKENAUF SICHT IM EURORAUM

Am 12.09.2012 hat die Kommission – entsprechend dem Auftrag des Europäischen Rates (ER) vom 28./29.06.2012 (EB 13/12) – ihre Vorschläge zur Einrichtung einer gemeinsamen Aufsicht im Euroraum vorgelegt. Das von der Kommission vorgelegte Legislativpaket umfasst eine Verordnung auf der Grundlage von Art. 127 Abs. 6 AEUV, mit der der EZB durchgreifende Befugnisse zur Beaufsichtigung aller Banken im Euroraum übertragen werden sollen. Diese Verordnung muss vom Rat einstimmig angenommen werden, das Europäische Parlament (EP) und die EZB werden lediglich angehört. Das zweite Element des Legislativpakets ist eine Verordnung zur Anpassung der bestehenden EBA-Verordnung an die neue Bankenaufsichtsstruktur. Diese basiert auf Art. 114 AEUV und unterliegt daher der Mitentscheidung von Rat und EP. Die gemeinsame Bankenaufsicht im Euroraum ist der erste Schritt zur Realisierung einer sog. „Bankenunion“. In einer flankierenden Mitteilung kündigt die Kommission an, nach Einrichtung der gemeinsamen Bankenaufsicht als zweiten Schritt zunächst einen einheitlichen Mechanismus für Bankenabwicklungen vorzuschlagen. Wann die Kommission die Einrichtung eines gemeinsamen Einlagensicherungssystems, das dritte Element der Bankenunion, vorschlagen wird, ist noch nicht absehbar.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/953&format=H>



[TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_de.htm

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZU DEN KOMMISSIONSVORSCHLÄGEN ZUR SCHAFFUNG EINER BANKENUNION

Das EP hat am 13.09.2012 eine Entschließung zu den Vorschlägen für eine europäische Bankenunion angenommen. Das EP kündigt darin an, dass es die Vorschläge zur Bankenunion als Paket betrachten wird. Das bedeutet, dass das EP die Mitentscheidungsrechte bei der Verordnung zur Änderung der EBA-Verordnung nutzen möchte, um auch die Verordnung zur Übertragung von Aufsichtsbefugnissen auf die EZB, bei der das EP an sich nur angehört wird, mitgestalten zu können.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0353+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

PAPIER DES PRÄSIDENTEN DES ER, VAN ROMPUY, ZUR WEITEREN VERTIEFUNG DER WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

Der Präsident des ER, *Van Rompuy*, hat am 12.09.2012 ein Arbeitspapier mit möglichen Ansatzpunkten zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion veröffentlicht. Darin geht es u. a. um Themen wie die direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM, ein gemeinsames Einlagensicherungssystem, einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus für Banken, ein europäisches Finanzministerium, ein zentrales Budget für den Euroraum oder Genehmigungsvorbehalte für die Schuldenaufnahme der Mitgliedstaaten. Bis Ende des Jahres wird der Präsident des ER in Zusammenarbeit mit dem Kommissionspräsidenten, dem EZB-Präsidenten sowie dem Präsidenten der Eurogruppe einen Fahr- und Zeitplan zur weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion erarbeiten. Für Oktober ist ein Zwischenbericht geplant.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/132413.pdf

ABSCHLUSSBERICHT DER INFORMELLEN GRUPPE ELF EUROPÄISCHER AUSSENMINISTER ZUR ZUKUNFT DER EU

Die Zukunftsgruppe europäischer Außenminister, an der sich die Außenminister Deutschlands, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Polens, Portugals und Spaniens



beteiligt haben, hat sich am 17.09.2012 bei einem Treffen in Warschau auf einen gemeinsamen Abschlussbericht verständigt. Die Außenminister schlagen u. a. eine verstärkte Überwachung der nationalen Haushalte durch die europäischen Institutionen sowie weitere europäische Solidaritätsmechanismen vor. Der Bericht spiegelt die persönlichen Auffassungen und Ideen der beteiligten Außenminister wider, entspricht also nicht unbedingt der Haltung der betreffenden Mitgliedstaaten.

<http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/626324/publicationFile/171799/120918-Abschlussbericht-Zukunftsgruppe-Deutsch.pdf>

REDE DES KOMMISSIONSPRÄSIDENTEN ZUR LAGE DER EU

Kommissionspräsident *Barroso* hat am 12.09.2012 im EP in Straßburg seine Rede zur Lage der EU gehalten. Der Kommissionspräsident stellte darin insbesondere die Kommissionsvorschläge zur Einrichtung einer gemeinsamen Bankenaufsicht im Euroraum vor. Die gemeinsame Aufsicht sei ein erster wesentlicher Schritt zur Schaffung einer Bankenunion. Daneben brauche die EU eine Fiskalunion, eine stärkere Koordination der Wirtschaftspolitik und eine „Wirtschaftsregierung“. Ziel des Kommissionspräsidenten ist die Schaffung einer politischen Union in der EU, und zwar in Form einer demokratischen Föderation von Nationalstaaten. Hierzu seien Vertragsänderungen nötig, denen eine breite Debatte sowie ein Konvent und eine Regierungskonferenz vorangehen müssten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/596&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/661&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

FINANZBERICHT DER KOMMISSION ZUM EU-HAUSHALT 2011

Die Kommission hat am 20.09.2012 ihren Bericht zum EU-Haushalt 2011 veröffentlicht. Von besonderem Interesse ist dieser Bericht vor allem deshalb, weil er die sog. „operativen Haushaltssalden“ und damit die Höhe der Nettozahlerbeiträge enthält. 2011 gab es elf Nettozahler. Deutschland ist in absoluten Zahlen wie bereits seit Jahren größter Nettofinanzierer der EU. Der deutsche Nettobeitrag im Jahr 2011 betrug rund 9 Mrd. € (2010: 9,2 Mrd. €). Weitere große Nettozahler in absoluten Beträgen sind Frankreich (6,4 Mrd. €), Italien (5,9 Mrd. €) und das Vereinigte Königreich (5,6 Mrd. €). Der größte Netto-



empfänger in absoluten Zahlen war erneut Polen (knapp 11 Mrd. €), gefolgt von Griechenland (4,6 Mrd. €) und Ungarn (4,4 Mrd. €).

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/publications/2011/fin_report/fin_report_11_en.pdf

ENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS ZUM ESM-VERTRAG UND ZUM FISKALPAKT

Das Bundesverfassungsgericht hat am 12.09.2012 die Eilanträge u. a. gegen den ESM-Vertrag mit Maßgaben abgelehnt. Die Eurogruppe begrüßte in ihrer Sitzung am 14.09.2012 die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Nach Darstellung des Präsidenten der Eurogruppe herrschte Einigkeit, dass keine Regelung des ESM-Vertrages so ausgelegt werden kann, dass für Deutschland – ohne Zustimmung des deutschen Vertreters in den ESM-Gremien – höhere Zahlungsverpflichtungen begründet werden, d. h. über den deutschen Anteil am Stammkapital des ESM hinaus (rund 190 Mrd. €). Ebenso herrschte Einigkeit, dass die Regelungen des ESM-Vertrages einer umfassenden Unterrichtung der nationalen Parlamente nicht entgegenstehen. Die Eurogruppe werde dies nochmal in einer schriftlichen Erklärung bestätigen.

<http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg12-067.html>

ERKLÄRUNG DER EUROGRUPPE VOM 14.09.2012 ZUR UMSETZUNG DES RETTUNGSPROGRAMMS FÜR PORTUGAL

Die Eurogruppe hat bei ihrem Treffen am 14.09.2012 in Nikosia eine Erklärung zur Umsetzung des Rettungsprogramms für Portugal abgegeben. Aus Sicht der Eurogruppe läuft die Umsetzung des portugiesischen Anpassungsprogramms weitestgehend nach Plan. Zu diesem Ergebnis war die Troika (Kommission, EZB und IWF) bei ihrer fünften vierteljährlichen Überprüfung des portugiesischen Anpassungsprogramms vom 28.08. - 01.09.2012 gekommen. Da sich allerdings die Steuereinnahmen u. a. aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und des Rückgangs der Einkommen schlechter entwickelt haben, bekommt Portugal ein Jahr mehr Zeit, um sein Defizit wieder auf unter 3 % des BIP zu reduzieren. Das Defizitziel für 2012 wird von 4,5 % auf 5 % des BIP nach oben angepasst und für 2013 von 3 % auf 4,5 %. Im Jahr 2014 soll das Defizit mit 2,5 % wieder unter der 3 %-Grenze liegen. Das bisherige Programmvolumen von insgesamt 78 Mrd. € bleibe angemessen.

http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/financial_operations/2012-09-11-



[portugal_en.htm](#)

http://www.eurozone.europa.eu/media/793855/eg_statement_on_pt_14_september_2012.pdf

UMSETZUNG DES ZWEITEN RETTUNGSPAKETES FÜR GRIECHENLAND – SACHSTAND

Die laufende Troika-Mission in Griechenland (erste vierteljährliche Überprüfung des zweiten Anpassungsprogramms für Griechenland) ist nach wie vor nicht abgeschlossen. In den Verhandlungen zwischen der Troika und Griechenland geht es vor allem um die Frage, wie die bestehende Haushaltslücke in den Jahren 2013 und 2014 zu schließen sei. Da der Troika-Bericht voraussichtlich frühestens Anfang Oktober vorliegen wird, kann eine politische Entscheidung über die Auszahlung der nächsten Tranche wohl erst in der zweiten Oktoberhälfte getroffen werden. Der Präsident der Eurogruppe bekräftigte in der Pressekonferenz nach der Sitzung der Eurogruppe am 14.07.2012 erneut, dass Griechenland im Euroraum bleiben werde.

UMSETZUNG DES RETTUNGSPAKETS FÜR SPANIEN – SACHSTAND

Die Eurogruppe hatte am 20.07.2012 im Rahmen einer Telefonschaltkonferenz das Rettungspaket für Spanien, das sich auf Finanzhilfen zur Rekapitalisierung des spanischen Bankensektors beschränkt, verabschiedet (EB 15/12). Die Eurogruppe hat bisher nur eine Obergrenze von 100 Mrd. € festgelegt. Der genaue Betrag der Finanzhilfen wird durch Stresstests bei den einzelnen spanischen Banken ermittelt. Die Ergebnisse der Stresstests sollen nach Aussage von *Jean-Claude Juncker* in der Pressekonferenz nach der Sitzung der Eurogruppe am 14.09.2012 bis Ende September vorliegen.

NEUE VERHANDLUNGSBOX ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN

Am 24.09.2012 wird sich der Rat für Allgemeine Angelegenheiten (RfAA) erneut mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 - 2020 befassen. Im Vorfeld hat die zyprische Ratspräsidentschaft eine aktualisierte Verhandlungsbox erstellt. Anders als ursprünglich geplant beinhaltet die Verhandlungsbox noch keine Kompromissvorschläge für die finanzielle Ausstattung des MFR, weder global noch auf die einzelnen Rubriken bezogen. Die zyprische Ratspräsidentschaft bringt nochmals unmissverständlich ihre Haltung zum



Ausdruck, dass die Gesamtausgaben im MFR im Vergleich zum Kommissionsvorschlag reduziert werden müssen. Aus Sicht der Ratspräsidentschaft sollen in allen Rubriken Kürzungen vorgenommen werden.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/12/st13/st13620.en12.pdf>

BESCHLUSS DER KOMMISSION ZUR VERBESSERUNG DER QUALITÄT VON STATISTIKEN

Die Kommission hat am 17.09.2012 mit einem Beschluss die Rolle von Eurostat, dem statistischen Amt der EU, gestärkt und dessen Zuständigkeiten präzisiert. Eurostat ist zuständig für die Koordinierung aller statistischen Aktivitäten bei der Kommission und für die Gewährleistung der Kohärenz und Vergleichbarkeit der europäischen Statistiken. In dem Beschluss wird die fachliche Unabhängigkeit von Eurostat festgeschrieben, wie sie auch für die nationalen Statistikämter gefordert wird. Daneben wird auf die Unabhängigkeit des Generaldirektors und Chefstatistikers von Eurostat hingewiesen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:251:0049:0052:EN:PDF>

KOMMISSION SCHLÄGT STATUT UND FINANZIERUNG EUROPÄISCHER POLITISCHER PARTEIEN UND STIFTUNGEN VOR

Die Kommission hat am 12.09.2012 eine Verordnung über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien (EPP) und europäische politischer Stiftungen (EPS) vorgeschlagen. Damit sollen erstmals im EU-Recht „Europäische Parteien“ mit Rechtspersönlichkeit ermöglicht werden. Kommissionspräsident *Barroso* nannte den Vorschlag in seiner Rede zur Lage der EU als eine der Maßnahmen auf dem Weg zu einer politischen Union, die ohne Vertragsänderungen möglich ist. EPP's und EPS sollten zu einer verstärkten politischen Debatte auf EU-Ebene beitragen. Die geltende „Verordnung über die Regelungen für politische Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung“ sieht bisher nur „Parteien auf europäischer Ebene“ vor, die Rechtspersönlichkeit in einem Mitgliedstaat und Abgeordnete in mindestens 25 % der Mitgliedstaaten haben (s. dazu den Beitrag im Geschäftsbereich politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/951&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

VORSCHLÄGE DER KOMMISSION FÜR EINE EINHEITLICHE BANKENAUF SICHT UND FAHRPLAN FÜR EINE WEITERGEHENDE BANKENUNION

Am 12.09.2012 hat die Kommission ihre Vorschläge für eine Bankenunion in der EU vorgelegt. Das Paket enthält drei Elemente: Zum einen eine Verordnung, welche die Befugnisse der EZB zur Beaufsichtigung aller Banken im Euroraum regelt (nach den Vorstellungen der Kommission soll die EZB bereits zum 01.01.2013 die Aufsicht über bestimmte systemrelevante Institute übernehmen), weiterhin eine Verordnung zur Änderung der EBA-Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, um diese an die vorgeschlagene neue Bankenaufsichtsstruktur anzupassen, und schließlich eine Mitteilung mit einem „Fahrplan für eine Bankenunion“, in dem die Kommission insbesondere Vorschläge für einen „einheitlichen Abwicklungsmechanismus“ für Banken ankündigt. Der Text der Mitteilung enthält hingegen keine Aussagen zu gemeinsamen europäischen Abwicklungs- oder Einlagensicherungsfonds. Das EP hat nur einen Tag später dazu eine Entschließung angenommen, in der es insbesondere eine volle Beteiligung an den Gesetzesverhandlungen fordert; die von der Kommission gewählte Rechtsgrundlage des Art. 127 Abs. 6 AEUV sieht nur ein Anhörungsrecht vor und wird daher vom EP kritisiert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/953&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120907IPR50811/html/Qualit%C3%A4t-und-Rechenschaftspflicht-unerl%C3%A4sslich-f%C3%BCr-Bankenaufsicht>

EP BILLIGT KOMPROMISSTEXT ZUR ENERGIEEFFIZIENZ-RICHTLINIE

Das Plenum des EP hat am 11.09.2012 den am 13.06.2012 mit dem Rat gefundenen Kompromiss (EB 12/12) für eine Energieeffizienz-Richtlinie gebilligt. Der Bericht von Berichterstatter *Claude Turmes* (Grüne/EFA, LUX) wurde mit breiter Mehrheit angenommen (632/25/19). Die Richtlinie muss noch vom Ministerrat formal verabschiedet werden und wird 20 Tage nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft treten. Die Mitgliedstaaten haben bis zu 18 Monate Zeit, um sie in nationales Recht umzusetzen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120907IPR5080>



[8/html/Milliarden-einsparen-dank-h%C3%B6herer-Energieeffizienz](#)

NEUE REGELUNGEN ZU ENERGIEVERTRÄGEN DER MITGLIEDSTAATEN MIT DRITTSTAATEN

Das EP hat am 13.09.2012 einen Beschluss mit Bestimmungen zum Informationsaustausch beim Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten im Energiebereich gebilligt, der auf einer zuvor mit dem Rat erzielten Einigung beruht. Danach sind die Mitgliedstaaten künftig verpflichtet, bestehende bilaterale Energieabkommen mit Drittstaaten bei der Kommission einzureichen, welche die Abkommen auf ihre Vereinbarkeit mit EU-Recht prüft. Diese Pflicht betrifft auch neu abgeschlossene Abkommen nach der Ratifizierung, wohingegen vor der Ratifizierung, d. h. während laufender Verhandlungen, die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, ob sie die Kommission unterrichten. An den Verhandlungen für neue Verträge wird die Kommission mit Zustimmung des betroffenen Mitgliedstaats ebenfalls teilnehmen können. Ein Recht der Kommission zur selbständigen Einschaltung als Beobachter in die Verhandlungen und zur Vorabüberprüfung, wie dies die Kommission ursprünglich vorgeschlagen hatte, war am Widerstand des Rates gescheitert.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120907IPR50830/html/Better-coordinated-EU-external-energy-policy>

EP SPRICHT SICH FÜR MAKROREGIONALE STRATEGIE FÜR DEN ATLANTIKRAUM AUS

Das EP hat sich am 13.09.2012 in einer Entschließung für die Ausarbeitung einer makroregionalen Strategie für den Atlantikraum durch die Kommission im Rahmen der Kohäsionspolitik ausgesprochen. Viele Regionen des atlantischen Raums (Küstenregionen Großbritanniens, Irlands, Frankreichs, Spaniens und Portugals) hätten einen Rückgang ihres Entwicklungsniveaus durch die europäische Krise erfahren und fielen noch immer unter das Konvergenzziel der Kohäsionspolitik. Gerade letztere könne aber in Verbindung mit makroregionalen Strategien ein effektives Mittel zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung sein. Das EP forderte auch die Prüfung und Ausarbeitung weiterer makroregionaler Strategien zu diesem Zweck.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0341+0+DOC+XML+V0//DE>



EP BILLIGT EU-NORMUNGSVERORDNUNG

Das EP hat am 11.09.2012 in erster Lesung die Verordnung zur Europäischen Normung auf Grundlage des am 30.06.2012 mit dem Rat geschlossenen Kompromisses verabschiedet. Mit künftig einheitlich geltenden harmonisierten Normungsstandards, deren Verwendung allerdings freiwillig ist, soll insbesondere die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen gesteigert werden. Dies betrifft schwerpunktmäßig die IKT-Industrie (z. B. einheitliche Computerkabel und Ladegeräte für Mobiltelefone) und den Dienstleistungssektor, v. a. die Transport- und Logistikbranche sowie das Postwesen. Mit dem Ziel, die Entwicklung von Normen schneller und transparenter zu gestalten, werden auch die Vorschriften über die Zusammenarbeit der nationalen und europäischen Normungsinstitutionen und der Kommission sowie die Beteiligung der relevanten Nutzer (z. B. KMU und Verbraucherorganisationen) neu geregelt. Gleiches gilt für die Finanzierung von Normungen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120907IPR50816/html/Wirtschaftswachstum-durch-effizientere-Entwicklung-von-Normen>

MITTEILUNG ZU FORSCHUNG UND INNOVATION IM VERKEHRSEKTOR

Die Kommission hat am 13.09.2012 eine Mitteilung zur Koordinierung und gezielteren Ausrichtung der europäischen Forschung und Innovation im Verkehrsbereich veröffentlicht. Sie soll Ausgangspunkt für einen strategischen Verkehrstechnologieplan sein, der die Forschungs- und Innovationssäule des Weißbuchs Verkehr 2050 vom 28.03.2011 (EB 06/11) bilden werde. Dieser Verkehrstechnologieplan soll zehn Schlüsselbereiche erfassen, die an die Ziele des Weißbuchs anknüpfen. Die Kommission möchte ungenutztes Innovationspotential im Verkehrssektor erschließen, die technologische Spitzenposition Europas verteidigen und langfristig Mobilität und Wettbewerbsfähigkeit in Europa sichern. Dabei setzt die Kommission auf eine größere Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, besseren Umwelt- und Klimaschutz sowie mehr Sicherheit im Verkehr.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/975&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU FÖRdert VERKEHRsinfRASTRUKTURPROJEKTE MIT KNAPP 200 MIO. €

Die Kommission hat am 10.09.2012 die 74 Verkehrsinfrastrukturprojekte be-



kanntgegeben, die sie im Rahmen des Aufrufs zum Einreichen von Vorschlägen aus dem Jahr 2011 mit insgesamt 198,63 Mio. € aus den Mitteln für Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) fördern wird. Unter den ausgewählten Projekten befindet sich auch der viergleisige Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Nürnberg und Ebensfeld (Abschnitt Eltersdorf-Paul Gossenstraße), in den 5 Mio. € EU-Mittel fließen sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/945&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

POLITISCHE HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR INNOVATIONEN IM BEREICH DESIGN

Das European Design Leadership Board hat am 17.09.2012 seinen Bericht „Design für Wachstum und Beschäftigung“ an Kommissionsvizepräsident *Antonio Tajani* übergeben. Die Kommission hatte die Expertengruppe mit 15 Mitgliedern aus Industrie, KMU, nationalen und regionalen Innovationsagenturen und aus der Wissenschaft im Jahr 2011 im Rahmen der European Design Innovation Initiative (EDII) eingesetzt. Die 21 Vorschläge in sechs Bereichen sollen die weltweit führende Rolle europäischen Designs sichern und ausbauen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/673&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://europeandesigninnovation.eu/wp-content/uploads/2012/09/Design_for_Growth_and_Prosperty_.pdf

KOMMISSIONSMITTEILUNG ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER FORSCHUNGSPOLITIK DER EU

Am 14.09.2012 hat die Kommission eine Mitteilung zur „Verbesserung und Fokussierung der internationalen Zusammenarbeit der EU in Forschung und Innovation“ vorgelegt. Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Forschung sowie angesichts globaler Herausforderungen, die durch Erkenntnisfortschritt gemeistert werden sollen, stellt die Kommission dabei einen strategischen Rahmenansatz auf. Die Mitteilung, die neue EU-Kompetenzen in der Auswärtigen Politik durch den Vertrag von Lissabon aufgreift („Wissenschaftsdiplomatie“), bleibt dabei allerdings sehr im Allgemeinen. Zwischen Zielen, Maßnahmen und Instrumenten wird systematisch nicht immer scharf unterschieden. Spürbar wird dabei jedoch die Motivation, die



mitgliedsstaatlichen Politiken stärker zu koordinieren (s. dazu Beitrag des StMWFK in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0497:FIN:DE:PDF>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SWD:2012:0258:FIN:EN:PDF>

GALILEO-AUFSICHTSBEHÖRDE GSA BEZIEHT NEUE ZENTRALE IN PRAG

Am 06.09.2012 hat die European GNSS Agency (GNSS Supervisory Authority – GSA) ihren neuen Sitz in Prag bezogen und ihre bislang provisorische Zentrale in Brüssel verlassen. Von Tschechien aus wird sie künftig ihre bisherigen Schwerpunktaufgaben der Sicherheitsakkreditierungen bei den Satellitenprogrammen GALILEO und EGNOS sowie deren Marktentwicklung wahrnehmen. Darüber hinaus soll ihr nach Verabschiedung der derzeit in Rat und EP verhandelten GNSS-Verordnung ab 2014 schrittweise auch die operative Verantwortung hierfür von der Kommission übertragen werden. Die Mitarbeiterzahl werde dann bis 2020 von derzeit 60 auf etwa 180 Personen ansteigen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/648&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZUR UMSETZUNG DES EUROPÄISCHEN MAUTDIENSTES

Die Kommission hat bereits am 30.08.2012 eine Mitteilung zum aktuellen Stand und zu den weiteren geplanten Schritten zur Errichtung des Europäischen Elektronischen Mautdienstes (EETS) veröffentlicht. Darin stellt sie fest, dass die Mitgliedstaaten ihre Pflichten bei der Einführung des EETS bis zur vorgegebenen Frist am 08.10.2012 nicht einhalten können, und kündigt mögliche Vertragsverletzungsverfahren an.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/943&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ANTIDUMPINGUNTERSUCHUNGEN GEGEN CHINA BEI IMPORT VON SOLARPANEELN

Die Kommission hat am 06.09.2012 Antidumpinguntersuchungen über Importe von Solarpaneelen und deren Schlüsselkomponenten (Solarzellen und Solar-



wafer) aus China eingeleitet. Sie reagiert damit auf den am 25.07.2012 vom europäischen Branchenverband EU Pro Sun auf Grundlage der europäischen Antidumpingverordnung Nr. (EG) 1225/2009 eingereichten Antrag. Dieser wirft China vor, Solarpaneele und deren Schlüsselkomponenten zu Preisen unter dem Marktwert auf den europäischen Markt zu bringen. Sollte die Kommission die Voraussetzungen für handelsrechtliche Schutzmaßnahmen als gegeben erachten, so kann sie vorläufige Schutzzölle gegen chinesische Firmen verhängen. Längerfristigen Maßnahmen müsste dann der Rat zustimmen. Mit einem Marktwert von 21 Mrd. € an Exporten von Solarpaneelen in die EU im Jahr 2011 stellt das Verfahren bislang den wirtschaftlich bedeutendsten Antidumpingfall der EU dar.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/647&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

UMGEBUNGSLÄRM – NEUE LÄRMBEWERTUNGSMETHODE CNOSSOS-EU

Am 14.09.2012 veröffentlichte die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) eine neue Lärmbewertungsmethode (CNOSSOS-EU – Common Noise Assessment Methods in Europe). Diese soll helfen, Umgebungslärm (d. h. vor allem Straßen-, Schienen-, Flug- und Industrielärm) vergleichbar zu bewerten und künftig europaweit einheitlich in Zahlen zu erfassen. Die vergleichbaren Daten sollen dann für die Entwicklung von konkreten EU-Maßnahmen gegen die steigende Lärmbelastigung verwendet werden (s. dazu den Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ihcp.jrc.ec.europa.eu/our_activities/public-health/env_noise

EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLOBALISIERUNG: UNTERSTÜTZUNG VON EHEMALIGEN BESCHÄFTIGTEN DER MANROLAND AG

Die Kommission hat am 13.09.2012 vorgeschlagen, Deutschland 5,3 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) zu gewähren, um mehr als 2.000 ehemalige Beschäftigte des Druckmaschinenherstellers manroland AG und dreier seiner Tochtergesellschaften und Zulieferer zu unterstützen. Damit soll ein Paket von Maßnahmen mitfinanziert werden, um Hilfestellung bei der Stellensuche zu geben. Von den Entlassungen war mit Augsburg u. a. ein bayerischer Standort betroffen. Der Vor-



schlag der Kommission soll nun dem EP und dem Ministerrat vorgelegt werden (s. dazu Beitrag des StMAS in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/957&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

FINANZAUSSTATTUNG FÜR DIE GAP NACH 2013 – NEUE VERHANDLUNGSBOX ZUM NÄCHSTEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN

Am 24.09.2012 wird sich der Rat für Allgemeine Angelegenheiten (RfAA) erneut mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020 (MFR) befassen. Im Vorfeld hat die zyprische Ratspräsidentschaft eine aktualisierte Verhandlungsbox erstellt. Darin stellt sie klar, dass die Gesamtausgaben im MFR im Vergleich zum Kommissionsvorschlag reduziert werden müssen (EB 15/12). Für die GAP ist in der aktualisierten Verhandlungsbox weiterhin ein Passus enthalten, der eine Kürzung des Direktzahlungsniveaus um einen bestimmten Prozentsatz für die Jahre 2015 - 2020 fordert. Gleichgeblieben ist der Vorschlag zur Umverteilung der Direktzahlungsmittel zwischen den Mitgliedstaaten (Anpassung um ein Drittel an 90 % des EU-Durchschnitts). Neu aufgenommen wurden Optionen für eine Absenkung des Greening-Anteils an den Direktzahlungen auf unter 30 % sowie eine Erhöhung der möglichen Mitteltransfers zwischen den beiden Säulen. Darüber hinaus soll auch die Verteilung der Gelder der zweiten Säule zwischen den Mitgliedstaaten Bestandteil der MFR-Verhandlungen sein. Deshalb wurde ein entsprechender Passus, der auf Grundlage objektiver Kriterien und historischer Entwicklung den Verteilerschlüssel in Tabellenform darstellen soll, in die Verhandlungsbox aufgenommen (s. auch Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/12/st13/st13620.en12.pdf>

ERGEBNISSE DES INFORMELLEN AGRARRATS VOM 09. - 11.09.2012 IN NIKOSIA/ZYPERN

Von 09. - 11.09.2012 trafen sich die EU-Landwirtschaftsminister auf Einladung der zyprischen Präsidentschaft in Nikosia („Informeller Agrarrat“). Im Fokus stand ein Austausch der Minister zu Wasserknappheit, Flächenverbrauch und -stilllegung sowie Bodendegradierung. Insbesondere südliche Mitgliedstaaten



forderten einen Ausbau effizienter Bewässerungstechniken und die Erhöhung der dafür vorgesehenen Mittel im Rahmen der zweiten Säule GAP. Am Rande des offiziellen Programms äußerte sich Agrarkommissar *Cioloş* zu aktuellen Themen der EU-Agrarpolitik. Die Kommission werde beim nächsten Treffen der High Level Group Wein am 21.09.2012 in Palermo ihre Ideen zur zukünftigen Marktregulierung im Weinbau vorstellen. Das neue System solle u. a. die Rechte der Produzenten, Erzeugerorganisationen und Erzeugerregionen stärken. *Cioloş* zeigte sich optimistisch, dass der Zeitplan für die GAP-Reform eingehalten und diese pünktlich ab 2014 umgesetzt werden könne. Der nächste Agrarrat wird am 24./25.09.2012 in Brüssel stattfinden. Dabei soll insbesondere eine Aussprache zur Reform der zweiten Säule GAP geführt werden.

http://www.cy2012.eu/index.php/de/file/_1MI+gLaJB_2nxXo9+AUZw

EP-AGRARAUSSCHUSS DISKUTIERT GAP-REFORM

Bei Sitzungen am 17./18.09.2012 befasste sich der EP-Agrarausschuss erneut (EB 15/12) mit den Änderungsanträgen der EP-Abgeordneten zu den Berichtsentwürfen für die GAP nach 2013. Im Rahmen der Verordnung zur gemeinsamen Marktorganisation (GMO) sei die Rolle und Marktmacht von Erzeugerorganisationen ein wichtiger Diskussionspunkt, so der Berichterstatter *Michel Dantin* (EVP/FRA). Daneben wurden Forderungen zur Verlängerung der Pflanzrechtregelung im Weinbau und der Zuckerquotenregelung wiederholt. Einige Abgeordnete der Fraktionen S&D und Grüne/EFA forderten auch, die Liberalisierung des Milchmarktes zu überdenken. Für den Bereich der Ländlichen Entwicklung stellte der Berichterstatter *Capoulas-Santos* (S&D/PRT) eine große Anzahl von Vorschlägen für Einzelmaßnahmen fest. Ziel der weiteren Vorgehensweise sei es, zunächst diese Einzelmaßnahmen und anschließend die technischen Fragen zu klären. Außerdem führte der EP-Agrarausschuss eine Aussprache zur GAP-Reform mit den stellunggebenden Ausschüssen und dem gegenwärtigen zyprischen Ratspräsidenten *Sofoklis Aletraris*.

EP-UMWELTAUSSCHUSS BESCHLIESST STELLUNGNAHMEN ZUR GAP-REFORM

Am 19.09.2012 stimmte der EP-Umweltausschuss über seine Stellungnahmen zur GAP-Reform ab. In der Stellungnahme zu den Direktzahlungen, die von *Dan Jørgensen* (S&D/DK) entworfen wurde, forderten die EP-Abgeordneten



verschärfte Umweltauflagen im Rahmen des Greenings. Dazu gehört eine verpflichtende Fruchtfolge. Außerdem dürften Ackerflächen nicht länger als fünf bis acht Wochen ohne Bodenbedeckung (z. B. Stoppel, Zwischenfrüchte, natürliche Vegetation) brachliegen. *Jørgensen* scheiterte allerdings mit seinem Vorschlag, die ökologischen Vorrangflächen auf 10 % (statt Kommissionsvorschlag: 7 %) der Betriebsfläche (ohne Dauergrünland) auszudehnen. Die Abgeordneten hielten am Kommissionsvorschlag fest und empfahlen eine Schwelle von 5 % für Landwirte, die gemeinsam grüne Korridore pflegen. In der von *Karin Kadenbach* (S&D/AUT) entworfenen Stellungnahme zur Ländlichen Entwicklung fordert der Umweltausschuss, dass Gelder künftig unbegrenzt von der ersten Säule (Direktzahlungen) in die zweite Säule (ländliche Entwicklung) fließen können, dass aber ein Transfer in die andere Richtung verhindert wird. Mindestens 35 % der Gelder in der zweiten Säule sollten Umweltmaßnahmen vorbehalten sein.

EP-ENTSCHLIESSUNG ZU QUALITÄTSREGELUNGEN FÜR AGRARERZEUGNISSE

Das EP hat am 13.09.2012 in erster Lesung einer Verordnung zu Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse zugestimmt. Berichterstatterin war die Abgeordnete *Iratxe Garcia Perez* (S&D/ESP). Die Verordnung fasst Regelungen zu EU-geschützten Herkunftsbezeichnungen (geschützte Ursprungsbezeichnung g. U., geschützte geographische Angabe g.g.A.), traditioneller Herstellungsart (garantiert traditionelle Spezialität g.t.S.) und fakultative Qualitätsangaben für Lebensmittel in einem einheitlichen Regelwerk zusammen. Nach langwierigen informellen Trilogverhandlungen konnte erst am 20.06.2012 ein Kompromiss zwischen Kommission, Rat und EP erreicht werden.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20120913+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

[//EP//NONSGML+TA+20120913+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0266&language=DE&mode=XML)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0266&language=DE&mode=XML>

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/quality-package-2010/index_de.htm

EP-ENTSCHLIESSUNG ZUR BETRIEBSPRÄMIENREGELUNG UND UNTERSTÜTZUNG FÜR WEINBAUERN

Am 11.09.2012 beschloss das EP den Bericht von *Herbert Dorfmann*



(EVP/ITA) zur Betriebsprämienregelung und Unterstützung für Weinbauern. Danach wird den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Entscheidung über das für Stützungsprogramme im Weinsektor zur Verfügung gestellte, nationale Budget („National Envelope“) gewährt und der Zeitplan für diese Entscheidungen an den Prozess der GAP-Reform angepasst.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0316+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION FORDERT 215 MIO. € GAP-GELDER VON MITGLIEDSTAATEN ZURÜCK

Im Rahmen des Rechnungsabschlussverfahrens gab die Kommission am 07.09.2012 bekannt, dass in mehreren Mitgliedsstaaten EU-Vorschriften nicht eingehalten wurden oder Kontrollverfahren unzureichend waren. Die vorschriftswidrig verwendeten GAP-Gelder in Höhe von insgesamt 215 Mio. € fließen in den EU-Haushalt zurück. Die höchsten Rückforderungen kommen auf Portugal (89,4 Mio. €), Vereinigtes Königreich (34,5 Mio. €), Italien (28,0 Mio. €) und Schweden (20,4 Mio. €) zu. Deutschland muss lediglich 2,9 Mio. € zurückzahlen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/944&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EXTERNE BEWERTUNG BESCHEINIGT EFSA HOHE BEWERTUNGSQUALITÄT, UNABHÄNGIGKEIT UND TRANSPARENZ

Nach einem am 05.09.2012 veröffentlichten Bericht, bescheinigt die internationale Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young der EFSA eine hohe Qualität ihrer wissenschaftlichen Bewertungen, Unabhängigkeit und hohe Transparenz. Verbesserungsspielraum sehen die Prüfer bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten. Die EFSA könne die Vermittlung ihrer öffentlichen Beratung verbessern und ihren internationalen Ruf stärken.

<http://www.efsa.europa.eu/en/keydocs/docs/efsafinalreport.pdf>

IMPORTVERBOT FÜR LEBENDVIEH: EU DROHT RUSSLAND MIT WTO-VERFAHREN

EU-Handelskommissar *Karel De Gucht* erwägt wegen des Importverbots für lebende Tiere aus der EU, gegen Russland ein offizielles Verfahren bei der



WTO einzuleiten. Die EU werde hier ganz klar durch handelspolitische Maßnahmen Russlands benachteiligt. Russland, das erst im August 2012 der WTO beigetreten ist, müsse seiner neuen internationalen Verantwortung gerecht werden. Er rate der russischen Regierung dazu, die Prinzipien der Öffnung und Reform anzunehmen und damit den Weg hin zu gestärkten Beziehungen mit der EU sowie mehr Wohlstand zu ebnen, so *De Gucht* bei einem Seminar zu Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Russland am 07.09.2012 in Helsinki. Europa werde nicht zögern, seine Rechte zu verteidigen, wenn diese verletzt würden. Der Kommissar betonte allerdings, dass man nach einem Konsens strebe, denn das Ziel müsse größere Offenheit durch Verhandlungen sein.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/590&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=de>

EASIN – NEUES EU-INFORMATIONSNETZ FÜR GEBIETSFREMDE ARTEN

Am 14.09.2012 gab die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC), der interne wissenschaftliche Dienst der Kommission, den Startschuss für das Europäische Informationsnetz für gebietsfremde Arten (EASIN – European Alien Species Information Network). Nutzer können auf einen Katalog mit 16.000 gemeldeten, nicht heimischen Arten zugreifen, diese nach verschiedenen Kriterien selektieren und ihre Verteilung in Europa auf Karten anzeigen lassen (s. dazu den Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://easin.jrc.ec.europa.eu>

EUGH-URTEIL: GVO-ANBAU KANN KEINEM NATIONALEN GENEHMIGUNGSVERFAHREN UNTERWORFEN WERDEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 06.09.2012 entschieden, dass der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO), die in der EU als genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel zugelassen und in den gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten aufgenommen sind, keinem nationalen Genehmigungsverfahren unterworfen werden kann. Ebenso darf kein EU-Mitgliedstaat den Anbau von GVO unter Verweis auf fehlende Regeln zu Gewährleistung der Koexistenz verbieten (s. dazu den Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=126437&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1636822>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

REDE VON KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO ZUR LAGE DER UNION: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

In seiner dritten Rede zur Lage der Nation am 12.09.2012 vor dem Europäischen Parlament (EP) in Straßburg hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* eine „grundlegende Modernisierung Europas“ gefordert. Dabei müsse die Notwendigkeit, die soziale Marktwirtschaft zu erhalten, ebenso im Vordergrund stehen wie das Bestreben, diese zu reformieren. Die Strategie „Europa 2020“ biete eine Möglichkeit, beide Ziele zu erreichen. Die Krise, in der sich Europa befinde, sei auch eine soziale Krise, sagte er. Gleichzeitig skizzierte der Kommissionspräsident in einem Schreiben an EP-Präsident *Martin Schulz*, ebenfalls vom 12.09.2012, mögliche Initiativen für ein künftiges Arbeitsprogramm.

„MONTI II“-VERORDNUNG: KOMMISSION TEILT IHRE ABSICHT ZUR RÜCKNAHME DES VORSCHLAGS MIT

Die Kommission hat mitgeteilt, den Vorschlag für eine „Verordnung über die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassung- und Dienstleistungsfreiheit“ zurückziehen. Dies erklärte Kommissionsvizepräsident *Maroš Šefčovič* in einem Schreiben an den Bundesrat vom 12.09.2012. Zwölf nationale Parlamente mit insgesamt 19 Stimmen hatten gegen den im März 2012 vorgelegten Vorschlag der Kommission begründete Stellungnahmen eingereicht (EB 11/12). Damit war erstmals das bei der Subsidiaritätsprüfung nach dem Vertrag von Lissabon notwendige Quorum erreicht worden, das dazu führt, dass ein Rechtsetzungsvorschlag von der Kommission nochmals überprüft werden muss (sog. „Gelbe Karte“).

[http://www.bundesrat.de/cln_092/SharedDocs/Drucksachen/2012/0101-200/zu158-12_282_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/zu158-12\(2\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_092/SharedDocs/Drucksachen/2012/0101-200/zu158-12_282_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/zu158-12(2).pdf)



EUROPÄISCHER FONDS FÜR DIE ANPASSUNG AN DIE GLOBALISIERUNG: UNTERSTÜTZUNG VON EHEMALIGEN BESCHÄFTIGTEN DER MANROLAND AG

Die Kommission hat am 13.09.2012 vorgeschlagen, Deutschland 5,3 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) zu gewähren, um mehr als 2000 ehemalige Beschäftigte des Druckmaschinenherstellers manroland AG und dreier seiner Tochtergesellschaften und Zulieferer zu unterstützen. Damit soll ein Paket von Maßnahmen mitfinanziert werden, um Hilfestellung bei der Stellensuche zu geben. Von den Entlassungen war mit Augsburg u. a. ein bayerischer Standort betroffen. Der Vorschlag der Kommission soll nun dem EP und dem Ministerrat vorgelegt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/957&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU-JUGENDBERICHT: BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE EINGLIEDERUNG ALS PRIORITÄTEN EUROPÄISCHER JUGENDPOLITIK

Beschäftigung, soziale Eingliederung sowie Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen sollten die obersten Prioritäten europäischer Jugendpolitik bilden, so die Forderung des am 10.09.2012 veröffentlichten EU-Jugendberichts. Der Bericht betont zudem, dass die EU und die Mitgliedstaaten ihre Bemühungen weiter vertiefen müssten, um junge Menschen, die besonders unter der Wirtschaftskrise leiden, zu unterstützen. Nach Angaben der Kommission sei seit dem Ausbruch der Krise die Arbeitslosigkeit der Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in der EU um rund 50 % gestiegen, von durchschnittlich 15 % im Februar 2008 auf 22,5 % im Juli 2012. Die höchsten Quoten wiesen nach Erhebungen der EU-Statistikbehörde Eurostat Griechenland und Spanien auf mit 53,8 % bzw. 52,9 %.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/948&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ASYLPOLITIK: EP FORDERT FAIRE VERTEILUNG VON FLÜCHTLINGEN UND MEHR SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN MITGLIEDSTAATEN

Das EP hat am 11.09.2012 eine Entschließung für eine verstärkte EU-interne Solidarität im Asylbereich angenommen. Die Abgeordneten fordern in der Entschließung, dass eine angemessene Lastenverteilung zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern im Vor-



dergrund stehen müsse. Zudem sollte eine Optimierung der Anwendung der bestehenden Maßnahmen sowie die Entwicklung neuer, zielgerichteter Maßnahmen und Instrumente angestrebt werden, um flexibel und effektiv auf die sich ständig wandelnden Herausforderungen reagieren zu können. Die Forderungen einiger EP-Abgeordneter, vorwiegend aus Reihen der Grünen, Sozialisten und Linken, die Solidaritätsfrage in der Asylpolitik nur auf solche EU-Staaten zu begrenzen, die EU-Außengrenzen aufweisen, und eine verpflichtende Umverteilung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vorzunehmen, fanden jedoch keine Mehrheit.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2012-0248&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

REDE VON KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO ZUR LAGE DER UNION: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMU

In seiner dritten Rede zur Lage der Nation am 12.09.2012 vor dem Europäischen Parlament (EP) in Straßburg hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* eine „grundlegende Modernisierung Europas“ gefordert. Eine echte Wirtschafts- und Währungsunion sei dabei Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum. Hierfür müsse die Union ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, weshalb u. a. in den Bereichen Bildung, Forschung und Wissenschaft „mehr Ehrgeiz“ vonnöten sei. Die Strategie „Europa 2020“ sei hierfür ein geeignetes Instrument. *Barroso* diagnostizierte zudem für einige Teile Europas einen „regelrechten sozialen Notstand“, der sich insbesondere bei jungen Menschen in wachsender Armut und massiver Arbeitslosigkeit ausdrücke. Um jungen Menschen eine Chance zu geben, werde die Kommission vor Jahresende ein „Jugendpaket“ mit einer Garantieregelung für junge Menschen und einem qualitätsorientierten Rahmen zur Förderung der beruflichen Bildung auf den Weg bringen. Gleichzeitig skizzierte der Kommissionspräsident in einem Schreiben an EP-Präsident *Martin Schulz* vom 12.09.2012 mögliche Initiativen für ein künftiges Arbeitsprogramm. Hier kündigt er u. a. eine Ausweitung der Initiative zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und Mobilität von Jugendlichen an.

Rede von Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* zur Lage der Union



2012:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/596&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Schreiben an EP-Präsident *Martin Schulz*:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/661&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

BERICHTERSTATTERIN MDEP PACK ERHÄLT IM EP VIEL UNTERSTÜTZUNG FÜR IHREN BERICHTENTWURF ZU „ERASMUS FÜR ALLE“

MdEP *Doris Pack* (EVP/DEU) stellte in der ersten Sitzung des EP-Ausschusses für Bildung und Kultur ihren Berichtsentwurf zum künftigen Bildungs-, Jugend- und Sportprogramm vor (EB 15/12) und erläuterte die zentralen Überlegungen ihrer Änderungsanträge. Insbesondere sollen unter Beibehaltung der drei Schlüsselaktionen des Kommissionsvorschlags (Einzelmobilität, Kooperation und politische Unterstützung) die Sektoren Bildung, Jugend und Sport in jeweils eigenen Kapiteln wie auch die einzelnen Bildungsbereiche innerhalb des Bildungskapitels sichtbar werden. Zudem sollen die Ziele und Aktionen des Programms differenzierter dargestellt werden. Viele Abgeordnete unterstützten in ihren Wortmeldungen die Gesamtlinie der Berichterstatteerin. Die Frist für Änderungsanträge läuft bis 03.10.2012; am 06.11.2012 findet die Abstimmung (unter Auslassung der Zahlen) im Ausschuss statt.

HOCHRANGIGE EXPERTENGRUPPE LEGT BERICHT ZUR ALPHABETISIERUNG IN DER EU VOR

Am 06.09.2012 hat eine von *Androulla Vassiliou*, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, eingesetzte Gruppe hochrangiger Sachverständiger anlässlich einer Konferenz zur Alphabetisierung in Nikosia/Zypern ihren abschließenden Bericht zur Schriftsprachkompetenz in der EU vorgelegt. Demnach besitzen etwa 20 % der 15-Jährigen wie auch der Erwachsenen in Europa keine ausreichenden Lese- und Schreibkompetenzen, um die Anforderungen des modernen Alltags- und Arbeitslebens zu bewältigen. Aufgrund der enormen Bedeutung dieser Fähigkeiten für den Einzelnen, die Gesellschaft und die Wirtschaft bezeichnete die Vorsitzende der Experten-Gruppe, Prinzessin *Laurentien der Niederlande*, den Bericht als „Alarmsignal“. Eine Verbesserung der Situation erfordere politische Eigenverantwortung und Zusammenarbeit innerhalb des gesamten politischen Spektrums und darüber



hinaus. Der Bericht enthält ein breites Spektrum an Empfehlungen und Rat-
schlägen zur Verbesserung der Literalität in Europa. Die gegenwärtige
zyprische Ratspräsidentschaft plant die Verabschiedung von Ratsschluss-
folgerungen zur Alphabetisierung durch den EU-Bildungsministerrat Ende
November 2012.

Pressemitteilung der Kommission anlässlich der Veröffentlichung des Berichts:

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/940&format=H
TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/940&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr)

Vollständiger Bericht (nur in englischer Sprache verfügbar):

[http://ec.europa.eu/education/literacy/what-eu/high-level-
group/documents/literacy-report.pdf](http://ec.europa.eu/education/literacy/what-eu/high-level-group/documents/literacy-report.pdf)

Zusammenfassung des Berichts:

[http://ec.europa.eu/education/literacy/what-eu/high-level-
group/documents/executive-summary_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/literacy/what-eu/high-level-group/documents/executive-summary_de.pdf)

Neue Webseite der Kommission zur Alphabetisierung in Europa mit umfassen-
den Informationen zur Thematik:

[http://ec.europa.eu/education/literacy/what-eu/high-level-
group/documents/executive-summary_de.pdf](http://ec.europa.eu/education/literacy/what-eu/high-level-group/documents/executive-summary_de.pdf)

KOMMISSION VEREINBART ENGERE ZUSAMMENARBEIT MIT DER OECD IM BILDUNGSBEREICH

Anlässlich des von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung (OECD) am 11.09.2012 veröffentlichten jährlichen Berichts
„Bildung auf einen Blick 2012“ haben die Europäische Kommission und die
OECD bekannt gegeben, dass sie für die Zukunft eine engere Zusammen-
arbeit vereinbart haben. Die Kooperation, die für die Union aufgrund der wach-
senden Bedeutung von Bildungs- und Qualifikationsfragen in der Strategie
„Europa 2020“ von hohem Wert sei, steigere die Wirkung und Wertigkeit der
Arbeit auf beiden Seiten.

Pressemitteilung der Kommission anlässlich der Veröffentlichung des OECD-
Berichts „Bildung auf einen Blick 2012“:

[http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/950&format=H
TML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/950&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en)



EU-JUGENDBERICHT: BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE EINGLIEDERUNG ALS PRIORITÄTEN EUROPÄISCHER JUGENDPOLITIK

Beschäftigung, soziale Eingliederung sowie Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen sollten die obersten Prioritäten europäischer Jugendpolitik bilden, so die Kernforderungen des am 10.09.2012 veröffentlichten Kommissionsentwurfs des EU-Jugendberichts, dem die EU-Jugendminister noch zustimmen müssen. Mit Blick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit betont der Entwurf die Notwendigkeit eines koordinierten europäischen Vorgehens im Rahmen der EU-Jugendstrategie sowie insbesondere auch der Europa-2020-Strategie mit ihren jugendrelevanten Kernzielen und Leitinitiativen im Bereich der Bildung, der Beschäftigungs- und der Sozialpolitik, um auf diese Weise langfristig das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Nach Angaben der Kommission sei seit dem Ausbruch der Krise die Arbeitslosigkeit der Menschen von 15 bis 24 Jahren in der EU um rund 50 % gestiegen, von durchschnittlich 15 % im Februar 2008 auf 22,5 % im Juli 2012. Die höchsten Quoten wiesen nach Erhebungen der EU-Statistikbehörde Eurostat Griechenland und Spanien auf mit 53,8 % bzw. 52,9 %.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/948&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Entwurf des gemeinsamen Berichts 2012 des Rates und der Kommission über die Umsetzung des erneuerten Rahmens für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (EU-Jugendstrategie 2010 - 2018):

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0495:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

KOMMISSIONS-MITTEILUNG ZUR INTERNATIONALISIERUNG DER FORSCHUNGSPOLITIK DER EU

Am 14.09.2012 hat die Kommission eine Mitteilung zur „Verbesserung und Fokussierung der internationalen Zusammenarbeit der EU in Forschung und Innovation“ vorgelegt. Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Forschung sowie angesichts globaler Herausforderungen, die durch Erkenntnisfortschritt gemeistert werden sollen, stellt die Kommission dabei einen strategischen Rahmenansatz auf. Die Mitteilung, die neue EU-Kompetenzen in der



Auswärtigen Politik durch den Vertrag von Lissabon aufgreift („Wissenschaftsdiplomatie“), bleibt dabei allerdings sehr im Allgemeinen. Zwischen Zielen, Maßnahmen und Instrumenten wird systematisch nicht immer scharf unterschieden. Spürbar wird dabei jedoch die Motivation, die mitgliedstaatlichen Politiken stärker zu koordinieren.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0497:FIN:DE:PDF>
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SWD:2012:0258:FIN:EN:PDF>

BAYERISCHE HOCHSCHULEN WEITER VERBESSERT BEI TEILNAHME AN EU-FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Am 13.09.2012 veröffentlichte die Generaldirektion Forschung der Kommission den fünften statistischen Monitoring-Bericht über das laufende 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP). Die Analyse betrachtet die Implementierung des FRP in den Jahren 2007 bis 2011. Dargestellt werden Daten zur Teilnehmerstruktur, zu eingereichten Forschungsprojekten und darauf folgenden Bewilligungen. Die Rankingliste der 50 besten Universitäten zeigt, dass Deutschland mit sechs Hochschulen nach den Universitäten aus Großbritannien (14 Hochschulen) am meisten vom 7. FRP profitiert hat. Stark verbessert haben sich u. a. die Technische Universität München und die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

http://ec.europa.eu/research/evaluations/pdf/archive/fp7_monitoring_reports/fifth_fp7_monitoring_report.pdf#view=fit&pagemode=none

BAYERISCHE FORSCHER ERFOLGREICH BEI ERC-STIPENDIEN

Elf junge Spitzenforscher an Bayerns Universitäten erhalten in der diesjährigen Antragsrunde einen „Starting Grant“ des Europäischen Forschungsrates (ERC). Nach den am 10.09.2012 veröffentlichten Ergebnissen nimmt Bayern deutschlandweit erneut die Spitzenposition ein, vor Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Die Stipendien verteilen sich auf die Ludwig-Maximilians-Universität München (drei Grants), die Technische Universität München (drei Grants), die Universität Regensburg (zwei Grants), die Universität Bayreuth (ein Grant), die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (ein Grant) und das Klinikum der Universität Würzburg (ein Grant). Insgesamt fließen dadurch knapp 20 Mio. € an europäischen Forschungsgeldern an Forscher, die



an bayerischen Universitäten arbeiten.

http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/press_release_stg20_12_results.pdf

EP EINIGT SICH AUF EU-RECHTSRAHMEN FÜR VERWAISTE WERKE

Das EP hat sich am 13.09.2012 auf die Schaffung eines Rechtsrahmens zur Erleichterung der Digitalisierung und Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Werken, deren Rechteinhaber unbekannt sind oder nicht ausfindig gemacht werden können, geeinigt. Die EntschlieÙung basiert auf einem Kompromiss zum Richtlinien-Vorschlag der Kommission über bestimmte zulässige Nutzungsformen verwaister Werke (KOM (2011) 289), den Vertreter von Rat und EP im Juni diesen Jahres geschlossen hatten (EB 06/11, 20/11). Der Rat muss der neuen Richtlinie noch zustimmen, damit sie Ende 2014 in Kraft treten kann. Zielrichtung der Richtlinie ist es, den Online-Zugang auch zu verwaisten Werken in Archiven der Museen, Bibliotheken und Verlagen zu verbessern. Voraussetzung hierfür ist, dass eine sorgfältige Suche nach dem Urheber vorausgegangen ist. Der neue Rechtsrahmen sieht außerdem vor, dass verwaiste Werke grundsätzlich nur für eine nichtkommerzielle Nutzung zugänglich gemacht werden können. Öffentliche Einrichtungen jedoch dürfen auch Umsätze mit diesen Werken erzielen, sofern sie die Gewinne in das Suchverfahren und in die Digitalisierung von verwaisten Werken investieren (s. Beitrag im Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0349+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-23>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0289:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EP-PLENUM VOM 10. - 13.09.2012 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Auf der Tagung vom 10. - 13.09.2012 in StraÙburg hat das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) u. a. Richtlinien zur Energieeffizienz und Arzneimittelsicherheit (Pharmakovigilanz), Verordnungen zu Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und zur Arzneimittelsicherheit verabschiedet sowie eine EntschlieÙung über Spenden menschlicher Gewebe und Zellen angenommen.



[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20120913+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20120913+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)
[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-
2011-0266&language=DE&mode=XML](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2011-0266&language=DE&mode=XML)
[http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/quality-package-
2010/index_de.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/quality/policy/quality-package-2010/index_de.htm)

Änderung der Richtlinie 2001/83/EG:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-
TA-2012-0313+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-34](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0313+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-34)

Änderung der Verordnung (EG) Nr. 726/2004:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-
TA-2012-0314+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-36](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0314+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-36)
[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-
TA-2012-0320+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0320+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

EUGH-URTEIL: GVO-ANBAU KANN KEINEM NATIONALEN GENEHMIGUNGSVERFAHREN UNTERWORFEN WERDEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 06.09.2012 entschieden, dass der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO), die in der EU als genetisch veränderte Lebens- oder Futtermittel zugelassen und in den gemeinsamen Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten aufgenommen sind, keinem nationalen Genehmigungsverfahren unterworfen werden kann. Ebenso darf kein EU-Mitgliedstaat den Anbau von GVO unter Verweis auf fehlende Regeln zu Gewährleistung der Koexistenz verbieten.

[http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=126437&page
Index=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1636822](http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=126437&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1636822)

EASIN – NEUES EU-INFORMATIONSNETZ FÜR GEBIETSFREMDE ARTEN

Am 14.09.2012 gab die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC), der interne wissenschaftliche Dienst der Kommission, den Startschuss für das Europäische Informationsnetz für gebietsfremde Arten (EASIN – European Alien Species Information Network). Nutzer können auf einen Katalog mit 16.000 gemeldeten, nicht heimischen Arten zugreifen, diese nach verschiedenen Kriterien selektieren und ihre Verteilung in Europa auf Karten anzeigen lassen.

<http://easin.jrc.ec.europa.eu>



UMGEBUNGSLÄRM – NEUE LÄRMBEWERTUNGSMETHODE CNOSSOS-EU

Am 14.09.2012 veröffentlichte die Gemeinsame Forschungsstelle der Kommission (JRC) eine neue Lärmbewertungsmethode (CNOSSOS-EU – Common Noise Assessment Methods in Europe). Diese soll helfen, Umgebungslärm (d. h. vor allem Straßen-, Schienen-, Flug- und Industrielärm) vergleichbar zu bewerten und künftig europaweit einheitlich in Zahlen zu erfassen. Die vergleichbaren Daten sollen dann für die Entwicklung von konkreten EU-Maßnahmen gegen die steigende Lärmbelastigung verwendet werden.

http://ihcp.jrc.ec.europa.eu/our_activities/public-health/env_noise

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EP EINIGT SICH AUF EU-RECHTSRAHMEN FÜR VERWAISTE WERKE

Das EP hat sich am 13.09.2012 auf die Schaffung eines Rechtsrahmens zur Erleichterung der Digitalisierung und Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Werken, deren Rechteinhaber unbekannt sind oder nicht ausfindig gemacht werden können, geeinigt. Die EntschlieÙung basiert auf einem Kompromiss zum Richtlinien-Vorschlag der Kommission über bestimmte zulässige Nutzungsformen verwaister Werke (KOM (2011) 289), den Vertreter von Rat und EP im Juni diesen Jahres geschlossen hatten (EB 06/11, 20/11). Der Rat muss der neuen Richtlinie noch zustimmen, damit sie Ende 2014 in Kraft treten kann.

EntschlieÙung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0349+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-23>

Pressemitteilung der EPP-Group im EP :

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?prcontroldoctypeid=1&prcontrolid=10812&prcontentid=18174&prcontentlg=de>

Richtlinienvorschlag:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0289:FIN:DE:PDF>

EP-ENTSCHLIESSUNG ZUM ONLINE-VERTRIEB VON AUDIOVISUELLEN WERKEN

In einer EntschlieÙung vom 11.09.2012 forderte das EP einen EU-weit einheit-



lichen Ansatz sowie mehr Flexibilität und Transparenz beim Online-Vertrieb von audiovisuellen Werken, um auf dem Weg zum digitalen Binnenmarkt voranzukommen. Von der Kommission wird insoweit dringend die Vorlage einer Richtlinie zur kollektiven Rechtewahrnehmung und Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften erwartet, um so durch mehr Effizienz, Transparenz sowie einer guten Unternehmensführung und einer wirksamen Streitbeilegung das Vertrauen in die Verwertungsgesellschaften zu erhöhen (EB 14/12).

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0324+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Grünbuch der EU Kommission über den Online-Vertrieb von audiovisuellen Werken in der EU: Chancen und Herausforderungen für den digitalen Binnenmarkt (KOM(2011) 427)

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/docs/2011/audiovisual/green_paper_COM2011_427_de.pdf